

## Agenda News: Armut – Politischer Wille

05.06.2015, 09:07 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Agenda 2011 - 2012*

Presseagentur: *Agenda News*



Bild: Agenda 2011 - 2012

Lehrte, 5. Juni 2015 Walter Steinmeier steht als Außenminister wie ein Fels in der Brandung der internationalen Politik. Er kämpft für friedliche Koexistenz und Beilegung der Konflikte Israel/Hamas/Iran, Ukraine/Russland, Syrien, Afghanistan, Iran, Ägypten und ist Feuerwehrmann an anderen Brandherden. Gefühlt ist er der einzige Malocher in der Koalition. Parlamentariern ist es zu verdanken, dass in den letzten 30 Jahren 25 Steuerarten abgeschafft wurden. Darunter die Vermögenssteuer und die Börsenumsatzsteuer. Wie die Ausfälle kompensiert werden können sagt keiner!

Politiker, Gewerkschafter und Unternehmen stimmen für eine gerechtere Zukunft. Sie predigen soziale Gerechtigkeit, wollten sparen, Haushalte konsolidieren und Reformen durchführen. Übereinstimmend haben sie die Lohnsteuer von 56 auf 42 Prozent, den Steuereingangssatz von 22% auf 14% gesenkt und den Freibetrag von 2871 Euro auf 8.374 Euro erhöht. Das Ergebnis: Die Realeinkommen stagnieren preisbereinigt und sind unter Berücksichtigung der kalten Progression seit Jahren nicht gestiegen oder rückläufig.

Sie haben nicht verhindert, dass Deutschland das Niedriglohnland Nr. 1 in der EU ist. Dass 17,5 Millionen Beschäftigte einen Stundenlohn unter 8,50 Euro erhalten - verdient hätten sie mehr. Sie haben zugelassen, dass 4 Millionen Rentner eine monatliche Bruttorente von unter 500 Euro und 5,45 Millionen von ihnen brutto unter 700 Euro erhalten. Dazu kommen 7 Millionen Regelsatz-Empfänger und 3,4 Millionen Aufstocker.

2,5 Millionen arme Kinder und 1,6 Millionen Alleinerziehende passen ebenso wenig zur größten Volkswirtschaft in Europa wie 7,4 Millionen Menschen die nicht richtig schreiben, rechnen und lesen können, sowie 1,5 Millionen Analphabeten. Seit 1970 haben Parlamentarier hingenommen, dass die Staatsausgaben höher als die Staatseinnahmen sind. Der Bundeshaushalt von rund 300 Mrd. Euro ist mit fast 150 Milliarden Euro für Sozialabgaben belastet. Kein Politiker kann sagen, wie man mit den restlichen 150 Mrd. Euro die Staatsüberschuldung von 300 Mrd. Euro und den Sanierungsstau von 320 Mrd. Euro abbauen kann.

Es ist davon auszugehen, dass Griechenland Pleite geht, weil die EU nicht weitere Milliarden Euro in griechische Anleihen investieren wird. Die Politik könnte das verhindern indem sie 50% der Schulden abschreibt und 50% der Anleihen aufkauft. Bei einem Bankrott würden Banken auf 2,4 Mrd. Euro verzichten und Deutschland einen Verlust von rund 87 Mrd. Euro aus dem Rettungsschirm verkraften müssen (ARD). Haben Politiker die Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit verloren?

Als reichstes Land der EU mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit, einem Export von über 1,1 Billionen Euro wächst die Armut unaufhaltsam. Deutschlands Schulden betragen gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 74,8 Prozent. Die

Schulden anderer EU-Mitglieder liegen zwischen 95,3% (Frankreich) und: 176% (Griechenland). Die überschuldeten Länder leiden unter hoher Arbeitslosigkeit und Rezession, die Menschen unter harten Sparprogrammen, die eine Belebung der Nachfrage nachhaltig verhindert. Die USA, Europa und Japan sind mit rund 15,3 Billionen Euro überschuldet.

Die EZB hat mit 2,1 Billionen frische Euro die Märkte beruhigt und kauft Anleihen auf. Ihr Ziel ist, dass diese Maßnahmen zu mehr privaten und staatlichen Investitionen führen würden, hat sie nicht erreicht. Zinslose Darlehen fließen in Börsen. Der DAX ist von 2008 bis 2015 um 50% - wie der Gewinn - gestiegen (natürlich unversteuert). Vorteilsnehmer aus der Gesamtsituation sind Unternehmen und nicht Beschäftigte. Die MWST-Einnahmen betragen 849 Mrd. Euro. Davon bezahlen Bürger 139 Mrd. Euro und Unternehmen keinen Cent - sie erhalten 740 Mrd. Euro erstattet.

Bereits im Mai 2010 hat Agenda 2011-2012 der Öffentlichkeit ein Sanierungsprogramm mit einem Finanzrahmen von 275 Milliarden Euro vorgestellt, das für ausgeglichen Bundshaushalt und Rückführung der Staatsschulden steht. Es werden Lösungsvorschläge für die großen Probleme angeboten und eindrucksvoll dargestellt wie sie finanziert werden können.

Welche Bedeutung der Gruppe „Agenda 2011-2012, Agenda News und der Union für Soziale Sicherheit“ beigemessen wird zeigen Internetaufrufe: In fünf Jahren haben sie ein Internet-Ranking von 700.000.000 Aufrufen überstiegen. Mehr als 5 Millionen Seiten wurden aufgerufen, gelesen und runtergeladen. Wer Politik wagen, erleben und gestalten möchte ist als Mitglied herzlich willkommen.

Dieter Neumann

## **Portrait**

Die Initiative „Agenda 2011-2012“ und die „Union für Soziale Sicherheit“ geben Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Bereits im Mai 2010 wurde der Öffentlichkeit ein Sanierungskonzept mit einem Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro vorgestellt, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht.

---

News-ID: 856502 • Views: 674 (Stand: 02.06.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/856502/Agenda-News-Armut-Politischer-Wille.html>